

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilagen Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg, Verlag von Bernhard Garbani, Magdeburg-Neustadt. Druck von August Hecht, Magdeburg, Geschäftsstelle: Dreilweg 127. Redaktion: Dreilweg 127 (Eingang Schreiberstraße). Fernsprech-Nr. 1547.

Abonnement- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobon) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1 Gr. 10 Pf., 2 Gr. 10 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 Mt. 50 Pf. Einzelne Nummern (einschl. der Beilagen) sowie bei den Anzeigerstellen 10 Pf. Anfertigungsgebühr für die beigefaltene Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7530.

Nr. 105.

Magdeburg, Freitag, den 6. Mai 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Herrn v. Bennigsen's Schwanengesang.

Der soeben erschienene Wahlaufsatz der nationalliberalen Partei ist die letzte „That“ des Herrn v. Bennigsen. Wie in dem bisherigen Führer, so ist in der Partei selbst der letzte Funke des Liberalismus längst erloschen. Die Abschiedsrede, die Herr v. Bennigsen auf dem Delegiertentag der nationalliberalen Partei am Sonntag gehalten hat, bildet den Epilog zu seinen Ausführungen vom 18. März, in denen er die Ideale seiner Jugend, die Traditionen des freisinnigen Bürgertums verleugnete und so aller Welt zeigte, daß die politischen Ziele der Bourgeoisie von ihren eigenen Trägern verlassen, nur noch einen Stützpunkt finden in der Todfeindin des Bürgertums, in der Sozialdemokratie. Die Rede des Herrn v. Bennigsen ist ein trauriges Zeichen politischer Würdelosigkeit. Sie besteht fast ausschließlich aus Lobhudeleien gegenüber dem Reichskanzler, demselben Manne, der die Nationalliberalen an die Wand drückte, bis sie quietst. Von der deutschen Freiheit ist längst keine Rede mehr; aber selbst die so zahme Forderung der deutschen Einheit erscheint zu radikal. „Eine größere politische Einheit als wir sie jetzt haben, können wir gar nicht ertragen.“ so spricht jetzt der Präsident des Nationalvereins. Also unsere kleinen Staaten mit ihren reaktionären Einzelgesetzgebungen stellen für unsere früheren Einheitschwärmer das Ideal dar.

Herr v. Bennigsen ist viel zu klug, als daß er nicht die ganze Misere, den unaufhaltsamen Zerfall seiner Partei bemerkte. Die nationalliberale Partei hatte ihre selbständige Existenz längst beschlossen, als sie sich zur Gefolgschaft des Bundes der Landwirte begeben. Wohl gab es noch 1896 eine kleine Minderheit, die eine offene Stellungnahme gegen das agrarisch-reaktionäre Element versuchte. Sie fand keinen Anklang. Heute hält sie es selbst für zwecklos, noch irgendwie zu opponieren. Sie legt einfach die Hände in den Schoß; sie hat bei dem Zustandekommen des Wahlaufsatzes überhaupt nicht mitgewirkt. Herr v. Bennigsen hat aber offenbar nur noch den Wunsch, in Schönheit zu sterben. Er redet von vergangenen Tagen und sucht das Bild längst verblasster Herrlichkeit heraufzubeschwören; aber die Ausrufe, unter denen seine Partei in den Wahlkampf geht, strafen seine Worte Lilien, und der alte Mann, der, parlamentsmüde, Ruhe sucht, hinterläßt keine glänzende Erinnerung.

Der Wahlaufsatz stellt einen wässrigen Nischmaß entgegengefügter Elemente dar; die Hauptbestandteile sind agrarischer Natur. Alle die wohlbekannten Forderungen unserer Junker und Mittelstandspolitiker, deren Habgier nur noch von ihrer Beschränktheit übertroffen wird, finden sich in dem Aufsatz in mehr oder weniger deutlicher Form wieder. Die Partei scheut sich nicht, eine größere „Berücksichtigung“ der Landwirtschaft bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge zu fordern, und dies zu einer Zeit, in der die Getreidepreise eine ungeahnte Höhe erreicht haben, so daß eine Brotverteuerung ganz sicher eintritt, wenn nicht schleunigst eine Aufhebung der Getreidezölle verfügt wird. Die unverschämten Lügen und dilettantischen Fäulereien der Agrarier sind durch die Thatsachen gründlich ad absurdum geführt worden. Die Getreidevorräte sind zur Zeit so gering, daß eine ganze Reihe Mühlen bereits den Betrieb hat einschränken müssen. Die vorgenommene Ausnahme hat in Berlin Lagerbestände von 1100 Tonnern Weizen und 5000 Tonnern Roggen ergeben; in Stettin sind die Bestände gleich Null. Und da reden die Bündler unentwegt von der Ueberschwemmung Deutschlands mit Getreide durch die Spekulant! Und die nationalliberale Partei geht mit den Brotverteilern durch Dick und Dünn! Wir sind doch neugierig darauf, wie sie ihr Verhalten bei der Beratung der Interpellation unserer Genossen über die Getreidezölle beschönigen wird.

Geradezu kläglich sind die Versuche, die die Nationalliberalen in ihrem Wahlaufsatz anstellen, um den Anstand zu wahren und freisinnliche Tendenzen zu markieren. Was soll der Passus gegen die Doppelwährung, während die Partei in ihrer Mitte Bimetallisten hat, was soll das Bedauern über Sonderinteressen, Rassen- und Klassegegensätze, während die Partei Wahlbündnisse mit den Antisemiten eingetht und im übrigen, wie wir gesehen, der schwärzesten und brutalsten Interessenspolitik das Wort redet? Hochkomisch nimmt sich nun gar der Hinweis auf die mannhafteste Haltung der Nationalliberalen bei der veruchten Verjährung des preußischen Vereinsgesetzes aus. Man erinnert sich doch noch zu deutlich des geradezu jammerhaften Hin- und Herschwankens der nationalliberalen Mannesleuten zwischen Schlä und Charvbbis, bis sie, sie weiß wohl selber nicht, wie das zugeht, jene Heldenthat vollbrachten. Man hat damals Wetten abgeschlossen um die Frage: „Fallen sie? Fallen sie nicht?“ und die Partei hat sich damals mit unauslöschlicher Lächerlichkeit bedeckt. Es war wirklich ein sehr unglücklicher

Gedanke, jetzt mit dieser glorreichen Erinnerung noch paradiere zu wollen.

Besonders klug ist der Absatz des Aufrufs, in dem die Partei Stellung gegen die Sozialdemokratie nimmt. Da heißt es: „Die von der Sozialdemokratie drohende Gefahr ist darum nicht geringer geworden, weil sich ihre Theorien, eine nach der andern, als unhaltbar herausstellen und von ihren Führern selbst preisgegeben werden.“ Die Nationalliberalen haben es wirklich nötig, von der Unhaltbarkeit und der Preisgabe der Prinzipien anderer Parteien zu reden. Ihnen kann freilich dergleichen sobald nicht passieren. Ist doch selbst der leiseste Schatten eines Prinzips oder einer „Theorie“ von diesen Repräsentanten des Volkes der Denter längst entschwunden. Aber hören wir, wie die geradezu glänzende Argumentation weiter geht: „Die Verheugung der Arbeiter, das Streben, sie durch eine unüberbrückbare Kluft von den anderen Volksklassen zu trennen, das Herabwürdigen aller Ideale, die uns teuer sind (NB. soll wohl heißen: die uns zu teuer sind), denn die Kosten der nationalen Flotte z. B. suchen die Herren ja von sich abzumwälzen), das Anstürmen gegen die Grundlagen unserer Kultur, Monarchie, Kirche, Familie, Eigentum — es hat nicht aufgehört und läßt das Schlimmste befechten, wenn nicht alle staats-erhaltenden Kräfte sich zusammenscharen.“ Also das alte dumme heuchlerische Gerede, mit dem die Ordnungsparteien zum Ueberdruß uns aufwartet haben. Und das scheinheilige Gethue mit den diversen höchsten Gütern der Nation, während doch einzig das Wort „Eigentum“ einen schmerzlichen Widerhall in den Herzen unserer braven Mitbürger findet.

Am Wahltage da wird es sich zeigen, wie das deutsche Volk über die politische Charakterlosigkeit der Herren Nationalliberalen denkt. Btw.: das deutsche „Volk“ die Jugend, die in unseren Ländern immer noch in hohem Kurs steht, ist, wie Genosse Liebknecht leider mit Recht sagte, die Bedientenhaftigkeit. Und deren Incarnation stellen die Nationalliberalen freilich in vollendeter Weise dar. Aber die deutsche Arbeiterschaft wird hoffentlich den Herren die Antwort erteilen, die ihnen gebührt. —

## Zur Wahlbewegung.

Für Eugen Richter.

In zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hat die Freisinnige Volkspartei den Stadtverordneten Kreißling als Kandidat aufgestellt. In seiner Kandidatenrede stellte sich derselbe als alter Fortschrittsmann vor, der kein Anhänger des Autoritätsglaubens sei. Die Autoritäten in der Partei seien für ihn nicht vorhanden. Eugen wird nicht böse sein, wenn Herr Kreißling nicht in den Reichstag kommt. —

Die Berliner Reichstags-Kandidaten

sind nun von allen Parteien bekannt gegeben. Von der sozialdemokratischen Partei ist im ersten Wahlkreise Redakteur Hugo Böhm, von den Freisinnigen Dr. Langerhans, von den Konservativen Bäckermeister Bernard und von den National-Sozialen Graveur Tischendörfer aufgestellt. Im zweiten Wahlkreise kandidiert von unserer Partei Richard Fischer, von den Freisinnigen Stadtverordneter Kreißling und von den Konservativen Postsekretär Stöckmann. Im dritten Wahlkreise werben sich neben unserem Kandidaten Rechtsanwält Wolfgang Heine, von den Freisinnigen Dr. Langerhans und von den Antisemiten der Redakteur der Staatsbürgerzeitung Dr. Bachler um das Mandat. Im vierten Wahlkreise haben die Freisinnigen unserem Parteigenossen Paul Singer den Rechtsanwält Sonnenfeld und die Antisemiten den „Arbeiter“ Bries gegenübergestellt. Im fünften Wahlkreise wird neben unserem Parteigenossen Rob. Schmidt von den Freisinnigen Schulinspektor Jzoid und von den Antisemiten Schuhmachermeister Schumann genannt. Im sechsten Wahlkreis hat von unserer Partei Wilhelm Liebknecht die Kandidatur wieder angenommen und von den Freisinnigen ist Redakteur Heinz Krieger und von den Antisemiten Hosprediger Stöcker in Aussicht genommen. Das Centrum hat wieder in allen Wahlkreisen den Legationsrat a. D. v. Kehler als Zählkandidat aufgestellt. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das Pronunciamento des Kaisers.

Der deutsche Kaiser hat die Absicht, den Reichstag im weißen Saal des Schlosses durch einen feierlichen Akt selbst zu schließen und eine Thronrede zu verlesen. Der Vorwärts erfährt dazu von gut unterrichteter Seite, daß die kaiserliche Rede sich als Pronunciamento an die bürgerlichen Parteien darstellen wird, in dem das Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber der „Umsturzpartei“ besonders betont werden soll. Es soll in der Rede des Kaisers besonders die Mitarbeit lobend hervorgehoben werden, die der Reichstag der Politik der Regierung angeeignet ließ bei der

Schaffung einer starken Flotte und zum Schutze Deutschlands nach innen und außen — einer Aufgabe, der sich der Kaiser besonders widmen wolle. Auch das Verdienst des Reichstags um das Zustandekommen des einheitlichen bürgerlichen Rechts soll betont werden, wodurch der Schlüssel in das von dem Großvater errichtete Einheitswerk eingefügt worden sei. Ferner wird auf die Erneuerung der Handelsverträge, welche der nächste Reichstag durchzuführen habe, hingewiesen. Es wird als die Aufgabe der Regierung bezeichnet, die berechtigten Interessen aller produktiven Stände zu pflegen. Besonders soll der Landwirtschaft die Fürsorge der Regierung zugewendet werden. Ebenso sollen die „berechtigten Wünsche“ der Arbeiter jeder Zeit wohlwollend geprüft und berücksichtigt werden, dagegen soll der aufreizenden Agitation der Sozialdemokratie, welche Staat und Gesellschaft zerstreuen wolle, ohne Besseres an deren Stelle setzen zu können, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. An die Vertreter aller bürgerlichen Parteien will der Kaiser einen mächtigen Appell richten, ihn in diesem Kampfe gegen die „Mächte des Umsturzes“ zu unterstützen.

Feststellung der Getreidebestände.

Der Bundesrat hat an sämtliche Hauptzollämter, die für den Getreideverkehr in Betracht kommen, die telegraphische Weisung ergehen lassen, sofort die Lagerbestände telegraphisch nach Berlin aufzugeben. Man scheint also auch in Berlin eine Aufhebung der Zölle ernstlich in Betracht zu ziehen. Nachdem Frankreich und Italien vorausgegangen sind, wird wohl Deutschland folgen müssen, umso mehr, als die Gefahr vorliegt, daß infolge der Zollaufhebung in Frankreich das in Deutschland lagernde Getreide zur Ausfuhr nach Frankreich gelangt und Deutschland dadurch von Getreide noch mehr entblößt wird als es tatsächlich schon der Fall ist. Die Aufhebung des Getreidezolles ist im Hinblick auf die europäischen Verhältnisse eine dringend notwendige Maßregel. —

„Die bürgerliche Kanaille.“

Der Reichstag hat Mittwoch mit großer Mehrheit folgende Bestimmung in den § 172 Absatz 3 der Militär-Strafprozess-Ordnung aufgenommen, die mehr als ein langer Leitartikel es könnte, die Stellung markiert, die heute das deutsche Bürgertum den Repräsentanten des Militarismus gegenüber einnimmt. Die Bestimmung lautet: „Bei einem im Offiziersrang stehenden und in entsprechender Uniform befindlichen Angehörigen der bewaffneten Macht ist die Annahme ausgeschlossen, daß er der Flucht verdächtig sei, oder daß seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden könne, es sei denn, daß er bei der Begehung eines Verbrechens auf frischer That betroffen oder verfolgt wird.“ Kein Wunder, wenn nach solchen Beschlüssen der Militarismus sich als der höchste Ausdruck aller menschlichen Kultur ansieht und auf die bürgerliche Kanaille herabblüht. Ein Bürgertum, das sich selbst so einschätzt, ist einer anderen Schätzung nicht wert. Das Volk sorge dafür, daß „Bürger“, welche so vor dem Militarismus kapitulieren, nicht wieder in den Reichstag gewählt werden. —

Unerlöste Flottenagitation.

Die Seeularen sind noch nicht zufrieden mit der Annahme des Flottengesetzes. Sie haben einen „Deutschen Flottenverein“ gegründet zur Vermehrung der Kriegsflotte über das Flottengesetz hinaus. Zu diesem Zwecke will man „bis an den letzten im Volke herantreten“. Der Verein will nicht in Politik machen, sondern nur Befehring über die Aufgaben der Flotte verbreiten. Wie man für die Flottenvermehrung eintreten kann, ohne auch gleichzeitig Politik zu treiben, bleibt das Geheimnis der Herren. Im Vorstand des Vereins sitzen Herr Bued, der bekannte Generalsekretär des verüchtigten Vereins mit dem langen Namen und Herr — Viktor Schweinburg. Das besagt genug. —

Vom Bunde der Landwirte.

Vor einigen Tagen hatte der Hannoverische Courier mitgeteilt, Herr von Blöb habe in Bezug auf den jetzigen Direktor des Bundes, den Abgeordneten Dr. Fahn, geäußert: „Wenn ich den Menschen nur los werden könnte!“ Diese Mitteilung wurde von dem Organ der Bauernbündler für unwahr erklärt. Der Hannoverische Courier antwortet hierauf jedoch: „Die Deutsche Tageszeitung ist schlecht unterrichtet, oder Herr von Blöb hat sein Gedächtnis im Stich gelassen. Allerdings haben wir die mitgeteilte Äußerung aus allgemeinen Höflichkeitserückichten etwas gemildert, da Herr von Blöb, der ja die drastische Ausdrucksweise liebt, ein etwas berberes Wort gewählt hatte. Sollte er wirklich vergessen haben, bei welcher Gelegenheit und welchem Abgeordneten gegenüber er den Ausspruch gethan hat? —“ Nun wird wohl Herr v. Blöb selbst reden müssen. —

Verfassungsrevision in Baden.

Die von der ersten Kammer eingesetzte Kommission hat dem aus der zweiten Kammer hervorgegangenen Gesetzentwurf über die gesetzliche Festlegung der Wahlzeit zugestimmt, sich





# Wahlversammlung

am Freitag, den 6. Mai, abends 8 Uhr

in der „Krone“, Alte Neustadt, Moldenstraße.

Tages-Ordnung:

Was hat das deutsche Volk von dem Ausfall der Reichstagswahlen zu erwarten?

Referent: Adolf Hoffmann, Berlin.

Recht zahlreichem Besuche sieht entgegen

Das Wahlkomitee.

Grösstes Glaswaren-Lager bei Hugo Schey (Inh. J. Brilles), Neue Neustadt, Breiteweg 118.

Färberei u. chemische Reinigung.

Kleid zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.  
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.  
Anzug zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.

Schildergasse 2/3 und Lödischehofstrasse 17.  
Leopold Bansleben.

Oeffentliche Versammlung aller

Maurer Magdeburgs und Umgegend

Freitag, den 6. Mai 1898, abends 7 Uhr, im „Luiseipark“.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Lage der Ausgesperrten.
2. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Streikkarte ist mitzubringen.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Eudenburg

am Sonnabend, den 7. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant zum Deutschen Hof, St. Michaelstrasse 16.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Pistorius über: Litteratur.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Filiale Neue Neustadt.

Versammlung

am Sonnabend, den 7. Mai 1898, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Weissen Hirsch, Friedrichsplatz Nr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Entgegennahme von Beiträgen und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag Referent: Genosse W. Müller.
3. Kassenbericht.
4. Verbandsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen ersucht

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sektion der Klempner

am Sonnabend, den 7. Mai, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Grothum, Kleine Klosterstraße 15/16.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung.
2. Vortrag über: Verhaltensmaßregeln bei Unfällen. Referent: Genosse Bartels.
3. Verschiedenes.

Da das Thema für alle Kollegen interessant ist, erwarten wir einen zahlreichen Besuch und bitten, hierfür besonders zu agitieren.

Die Ortsverwaltung.

Seemanns Gesellschaftsgarten.

Sonntag, den 8. Mai:

Großes Gesangs-Konzert

ausgeführt von mehreren Arbeiter-Gesangvereinen.

Entree 10 Pf.

Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

R. Seemann.

Sonnabend, den 7. Mai

Großes Stiftungsfest

des Musikal. Vergnügungs-Vereins Konzertina, Neue Neustadt, im Gesellschaftshaus am Weissen Hirsch.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Es ladet ein

Unscheinend

Der Vorstand.

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch

Visser, homöopathischer Prakt.

Magdeburg, Jacobsstraße 2.

Sprechstunden von 11-4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

**Hermann Liebau**  
Breiteweg 127  
Abzahlung u. Möbel  
mit keiner Anzahlung und reichsten Größten Rabatt  
auf alle Möbelstücke  
Lieferung an jedermann  
ca. 1000 Stück  
Größtes Lager  
mit reichster Auswahl

**C. Fuhrmann**  
Tabak- und Cigarren-Handlung  
M.-Buckau, Schönbeckerstraße 18  
(früher H. Roosch)  
empfehlen: Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake in vorzügl. Qualität zu billigsten Preisen.

**Hüte**  
werden zum Garnieren angenommen und auf Wunsch eigene Zuthaten verwendet.  
**Bazar-Magdeburg**  
Jakobs- u. Petersstr.-Ecke  
Filiale: Wilhelmstr., Annastr. 2.

Einen Posten reinvollener  
**Gerner Kleiderstoffreste**  
hat billig abgegeben  
Frau Panth, B., Martinstr. 24, 2 Tr.

**Stephansbrücke 8**  
werden Kleider aller Art schnell und sauber angefertigt.

**C. Haack.**

**20 Bettstellen m. Matraben**  
werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

**S. Osswald**  
Ulrichstraße 14  
1. Etage  
gegenüber der Ulrichskirche.

**Es suchen Stellung:**  
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Schleifer, Dreher, Mechaniker, Bäcker, Klempner, Töpfer, Bleistiftmacher und Arbeiter für jede Arbeit.

**Junger flotter Seher**, in allen Sachen erf. sucht z. 16. Mai tarifmäß. Kondition. Gesl. Off. u. A 99 a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

**Gleg. Kinderwagen** m. Nickel sehr bill. zu verkaufen Petersstraße 19 a, 2 Tr.

**Cigarrenfabrik O. Schmidt**  
Gr. Diederichstraße 227.  
empfehlen seine selbstgefertigten Cigarren zu allen Preisen.  
Auch sind Badefarten zum Wilhelmstädter Volksbad bei mir zu haben.

**Manchester-Sammet**  
ganz weich, in den schönsten Farben, vorzüglich passend zu  
**Kinder-Anzügen**  
hält in einem großer Auswahl am Lager  
**G. Gehse**  
Magdeburg, Johannisstraße 14.  
Beste Bezugsquelle  
all. Arten Herren- u. Knaben-Garderobe.

**Gesucht werden:**  
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schmiede, Schuhmacher, Schneider, Stellmacher, Tischler, Sattler und Tapezierer, Steinmetz auf Bildhauerei, Wästelmacherinnen, Cigarrenmacher, Ladrer und Buchbinder.

Suche für sofort einen tüchtigen Metallbreyer auf Armaturen.  
Metallwarenfabrik Hugo Müller, 1139 Sangerhausen.

**Es suchen Stellung:**  
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Schleifer, Dreher, Mechaniker, Bäcker, Klempner, Töpfer, Bleistiftmacher und Arbeiter für jede Arbeit.

**Ueberzeugt**  
von dem guten Erfolg meiner Rohrband-Dampfbäder verläßt fast jeder Patient meine Anstalt mit dem Versprechen, dieselben weiter zu empfehlen.  
**Probe-Dampfbad nur 1 Mark** gegen Abgabe dieser Annonce.  
E. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4  
105 Lieferant fast sämtlicher Kranntentassen Magdeburgs und Umgegend.

**Möbel**  
und  
**Polsterwaren**  
große Posten Teppiche, ca. 100 Spiegel, Stagerer Silber  
ausnahmsweise spottbillig zu bez.  
**Breiteweg 89-90**  
Georg Mook.  
Bei Einzäufen bitten wir unsern Lesern, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

\* E. j. neuw. Biege preisw. z. verk. u. Fr. Schenk, Fernersleben, Weststraße 18.  
\* Piano, nischbaum, zu verkaufen Eudenburg, Breiteweg 18b, P. 2 Tr.  
\* Regenschirm m. w. Kralde l. Stabp. Schönebeck abh. gef. Abzug. Volksstimme, Magdeburg.

**Konsum-Verein Biene**  
G. G. m. v. S.  
zu Schönebeck a. E.  
Des halbjährlichen Geschäfts-Abchlusses wegen ersuchen wir die Mitglieder von Westerbüchen und Salbte, ihre Gegenmarken  
**am 11. Mai**  
(Mittwoch nächster Woche)  
im  
Restaurant des Herrn Hoffmeyer  
abzugeben und Mitgliedsbuch mitzubringen.  
Der Vorstand.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag, den 5. Mai.  
Gastspiel des Jbsen-Theaters aus Leipzig.  
Direktion: Dr. Carl Heine.  
**Rosmersholm.**  
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen.  
Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
Ende gegen 10 Uhr.  
Freitag, den 6. Mai:  
**Die Wildente.**  
Sonnabend, den 7. Mai:  
**Hedda Gabler.**

**Cirkus-Theater.**  
Heute 8 Uhr:  
Vollständig neuer Spielplan!  
**Ada Thompson**  
in ihrem sensationellen Feuer- und Flammen-Tanz.  
Die reizenden  
**3 Nordsterne**  
Geschw. Walden.  
Das vornehmste und beste Gesangs-Terzett der Zeit.  
**Heinr. Kleies Elite-Ballet-Gesellschaft**  
**Exselsior.**  
Solotänzerin Marianne Ranschmann.  
**Hugo Hochgemuth**  
der beliebte Humorist.  
**Dorina Maneas**  
Galerie lebender Bilder (7 Damen).  
**The Welsons**  
in ihren sensationellen Leistungen an den hängenden Seilen.  
**Arvida Svenson**  
schwed. deutsche Sängerin.  
Vereinsbilletts sind gültig.

## Chronik auf das Jahr 1848.

6. Mai.

**Italien.** Karl Albert bringt mit seiner Armee von 45 000 Mann in das österreichische Festungsviereck ein. Bei dem Dorf Santa Lucia geht er zuerst siegreich vor, wird jedoch, als Radetzky zum Angriff übergeht, mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Die österreichische Armee blieb in ihren Stellungen, wo sie den Anmarsch von Verstärkungen erwartete.

## Das allgemeine Wahlrecht und die Parteien.

Das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag hat für die politische Geschichte Deutschlands eine durchaus revolutionäre Wirkung gehabt. Es hat den Entwicklungsgang der bürgerlichen Parteien, mit denen es geboren worden ist, beschleunigt und ihre Lebensfrist abgekürzt; es hat die Regierung gezwungen, Demagogie zu treiben und damit ihre eigene moralische Autorität zu erschüttern, es hat endlich der Sozialdemokratie eine neue Taktik aufgezeigt, welche diese Partei selbst mit der Zeit innerlich völlig umgebildet hat. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß das allgemeine Wahlrecht die politische Geschichte Deutschlands in den letzten 30 Jahren geleitet hat.

Das allgemeine Wahlrecht nötigt die politischen Parteien ebenso wie die Regierung, die Massen für sich zu gewinnen. Wenn Regierung und Reichstag sich nicht einigen konnten, gab es nur noch einen Appell, den Appell an die Wähler. Die Regierung hat in Deutschland mehr als einmal vom Reichstag an die Wähler appelliert und äußerlich hat sie ja stets damit Glück gehabt. Allein, indem sie die letzte Entscheidung in die Hand der Wählerschaft legte, hat sie diese als oberste Instanz in der Politik anerkannt, sie hat damit einen durchaus demokratischen Weg eingeschlagen. Sie war gezwungen, an die Instinkte der Massen zu appellieren, ihr politisches Denken zu wecken, und wenn es ihr auch bis jetzt immer gelang, von dieser Wählerschaft ein obsiegendes Urteil gegen widerspenstige Reichstage zu erwirken, so mußte sie doch in solchen Zeiten der Entscheidung zu der Bevölkerung herabsteigen und sich zu ordinären Wahlkämpfen und offizieller Verhöhnung der gegnerischen Parteien bequemen. Auch ihre Erfolge waren nur Augenblickserfolge; die Einbuße an Autorität und dem frommen Glauben der Untertanen an die hohe Obrigkeit war eine dauernde.

Ähnlich wie der Regierung ist es der konservativen Partei gegangen. Bei der preussischen Drei-Klassenwahl thront diese Partei in stolzer Unnahbarkeit über den Massen der Bevölkerung; das Reichstagswahlrecht hat auch dieser hocharistokratischen Gesellschaft demokratische Mäuren aufgezogen. Die Herren Rittergutsbesitzer sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, mit den Bauern Fühlung zu nehmen, die Landarbeiter — wenigstens zu Wahlzeiten — in erträglicher Stimmung zu erhalten, dem gemeinen Mann die Hand zu drücken. So bildete sich die agrarische Demagogie und so entstand der Bund der Landwirte. Diese demokratischen Tendenzen sind jedoch den Herren Konservativen selbst über den Kopf gewachsen, ein Resultat, das bei dem Bestehen des allgemeinen Wahlrechts gar nicht ausbleiben konnte.

Der Liberalismus feierte in seiner aufsteigenden Periode durch das allgemeine Wahlrecht seine Triumphe. So lange er noch unter der großen Masse des Bürgertums populär war, erschien ihm dieses demokratische Wahlrecht als die einzig seinen Interessen gemäße Form der Teilnahme des Volkes an der Regierung. Wenn es in den 70er Jahren nach ihm gegangen wäre, so hätten wir heute in Deutschland auch die letzte Konsequenz dieses Wahlrechts, eine durchaus parlamentarische Regierung. Allein Bismarck wollte damals nicht, und heute ist der Liberalismus froh, daß wir in Deutschland noch eine „starke Regierung“ haben. Das Bürgertum, auf dessen Wählermassen er sich stützte, ist wirtschaftlich in der Auflösung begriffen; es fühlt sich in seiner Existenz bedroht durch die agrarische Demagogie, gegen welche der Liberalismus nicht energisch genug aufgetreten ist. Er flüchtet sich heute aus der Stadt, wo seine eigentliche Domäne ist, aufs Land und nimmt agrarische Tendenzen in sich auf, er läuft den Bauern nach, bei denen der Bund der Landwirte einen ganz gewaltigen Vorsprung hat, — alles unter dem Zwange des allgemeinen Wahlrechts. Die wirtschaftlichen Interessen der untergehenden Stände haben in dem allgemeinen Wahlrecht einen Hebel gefunden, um sich mit zwingender Notwendigkeit den Parteien aufzudrängen und diese von Innen heraus auszuhöheln.

Dem Centrum ist, wenn man es auf sein Gewissen fragt, aller Parlamentarismus und alle Volksregierung in innerster Seele verhaßt. Trotzdem bemüht es diese demokratischen Institutionen, um die Interessen der katholischen Kirche in modern-konstitutioneller Weise zu vertreten. Dem Centrum ist es umgekehrt gegangen wie dem Liberalismus: der letztere muß grundsätzlich demokratische Institutionen haben, um die bürgerlichen Interessen im modernen Staate zur Geltung zu bringen, und heute erschrickt er selbst vor den letzten Konsequenzen dieser Demokratie; das Centrum hat keine natürliche Neigung zum Parlamentarismus und doch hält es heute das allgemeine Wahlrecht hoch. Freilich nur so lange, als es seiner Wähler sicher zu sein glaubt; laufen ihm diese einmal davon, dann wird es mit dem entarteten Liberalismus und den Konservativen zugleich in den Ruf ausbrechen: Hinweg mit dem allgemeinen Wahlrecht!

Die Sozialdemokratie hat die Politik des Stimmzettels zuerst sehr mißtrauisch aufgenommen; die Erfahrungen in andern Ländern, besonders in Frankreich, waren nicht eben einladend. Es ist bekannt, mit welchen inneren Parteikämpfen die Einführung der parlamentarischen Taktik für die Partei verknüpft gewesen ist. Die Erfolge, welche die Sozialdemokratie durch diese Taktik errungen hat, haben sie heute über alle Diskussion gestellt. Die Sozialdemokratie ist heute die eifrigste und strengste Hüterin dieses Volksrechts, von welchem sie mit Recht die allmähliche Demokratisierung und politische Erziehung der Massen erwartet.

Das gesamte deutsche Volk hat durch das allgemeine Wahlrecht politisch denken gelernt. Die politische Reife des deutschen Volkes ist heute eine ganz andere als vor einem Menschenalter und dies ist nicht zum wenigsten den Wirkungen dieses Wahlrechts zuzuschreiben. Durch den wiederholten Appell der Regierungen an die Wähler sind diese kritisch, skeptisch geworden; die Werbungen der Parteien um die Stimmen des Volkes bringen diesen keine politische Bedeutung zum Bewußtsein; die Wähler lernen die Notwendigkeit einsehen, sich über die Bestrebungen der Parteien zu orientieren. Verscharft wird dieses politische Bedürfnis der Wähler durch die zunehmenden Gegensätze der Berufsinteressen, welche auch den rückständigen Wählerkreisen die Teilnahme an der Gesetzgebung aufdrängen. Das ist eine geistige Revolution, eine Revolution der Köpfe, welche das allgemeine Wahlrecht hier besorgt, und dies ist für den politischen Fortschritt gar nicht zu unterschätzen.

Die herrschenden Klassen sind sich über die revolutionären Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts längst klar geworden. Sie sind auch entschlossen, diese durch und durch demokratische Institution bei der nächsten Gelegenheit zu beseitigen. Leider hat die Sache einen kleinen Haken: man braucht dazu — das allgemeine Wahlrecht selbst, auf Grund dessen der Reichstag gewählt ist. Die Wähler sollen sich selbst politisch mundtot machen, das allgemeine Wahlrecht soll sich selbst erdroffeln. Das ist der tiefste Sinn der Sammlungspolitik, ihr eigentliches letztes Geheimnis. Einige vorlaute Sammlungskritiker haben es unklug verraten.

Das deutsche Volk ist gewarnt. Noch hat es den Stimmzettel in der Hand, mit welchem es über sein Geschick zu entscheiden hat. Die Wahlparole, unter welcher alle demokratischen Kräfte im Reich bei der diesjährigen Wahlkampagne „gesammelt“ werden müssen, lautet: Für das allgemeine direkte Wahlrecht zum Reichstag!

Das allgemeine Wahlrecht hat über sein eigenes Weiterbestehen abzustimmen. Eine bessere Aussicht kann es nicht geben.

## Zur Wahlbewegung.

### Material zur Aufhebung der Reichstagswahl.

Im Königreiche Sachsen kann man es nicht lassen, gegen Wuchstaben und Geist des Reichstags-Wahlrechts zu verstoßen. Nach dieser Richtung ist der durch die Thätigkeit des Herrn v. Polenz eigenartig berühmte Wahlkreis Plauen i. V. auch diesmal unsterk. Der Leipziger Volkszeitung wird aus Plauen i. V. geschrieben:

Der hiesige Stadtrat macht bekannt, daß in die hier auszuführenden Wählerlisten für die Reichstagswahl alle diejenigen „hier wohnhaften männlichen Angehörigen des Deutschen Reiches einzutragen seien, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 8. Juni d. J. vollenden.“

Darin liegt ein offener Widerspruch zu der auch vom preussischen Minister des Innern bestätigten richtigen Auslegung des § 1 des Reichswahlgesetzes, wonach jeder Wähler ist, der bis zum festgesetzten Wahltag, also diesmal bis zum 16. Juni, das 25. Lebensjahr erreicht hat.

### Gesetzesverletzungen durch Beamte.

Die Zeit der Wahlen ist die einzige Gelegenheit, wo sich ohne die sonst meist unüberwindlichen Schwierigkeiten gewisse Gesetzesmissethatungen der Beamten mit Erfolg im Reichstage würdigen lassen. Wahlprüfungs-Kommission und Plenum des Reichstags haben so manchem überreiferen Beamten viel Verdruß und Arbeit gebracht. Aber trotz aller Resolutionen des Reichstages, trotz aller Hinweise auf klaren Wortlaut der Gesetze kommen immer wieder Verletzungen der Agitationsfreiheit bei den Wahlen vor. Hoffentlich wird die Reihe der Beschwerden nicht zu lang werden. Die erste Gesetzesverletzung beim Antragen des Flugblattes für den Reichstags-Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück ist am 27. in Ziegenrück a. S. erfolgt. Der dortige Polizeibeamte Brückner hat, wie schon öfters bei Wahlen, den Flugblattverteiler am 27. in Ziegenrück festgenommen, ihm die Flugblätter abgenommen und im Beisein zweier Gendarmen ein Protokoll festgestellt. Beschwerde bei der dortigen Polizeiverwaltung ist eingelegt. Als Landrat des Kreises herrscht v. Breitenbach. Der Landtags-Wahlkreis Schleusingen-Ziegenrück wird im Abgeordnetenhaus durch Freiherrn v. Erffa (ff.) vertreten. Demgegenüber machen wir auf die gegenseitigen Bestimmungen aufmerksam, die die lauten:

Jedermann hat das uneingeschränkte, seiner vorherigen Erlaubnis oder Bewilligung unterliegende Recht, alle Arten von Wahl-Druckschriften (Zeitungen, Flugblätter, Stimmzettel, Bilder u. s. f.) überall, sowohl in geschlossenen Räumen, als auch auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten — gewerbsmäßig oder nicht gewerbsmäßig — zu verbreiten. Die Wähler werden ihrerseits Gesetzesverletzungen jeder Art, schon in ihrem eigenen Interesse auf das peinlichste zu vermeiden suchen. Andererseits werden sie auch jede gesetzwidrige Einmischung der Behörden, falls eine solche etwa erfolgen sollte, sofort ohne Zaudern und mit aller Entschiedenheit zurückweisen und zugleich in jedem Falle Mitteilnahme an den sozialdemokratischen Vertrauensmann ihres

Bezirktes machen, damit die Verleger des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen und die unter solchen Umständen etwa zustande gekommenen Wahlen von „Ordnungs“-Kandidaten im Wege des begründeten Protestes mit Erfolg angefochten werden können.

### Der große Eugen.

Herr Richter hält in Berlin Wählerversammlungen ab und thut dort sein möglichstes, um dem Doppellandbater Dr. Rongerhans zum doppelten Durchfall zu verhelfen. Herr Richter hat, nach seiner Meinung, alle politische Weisheit allein gepachtet und stets seine Partei vortrefflich geführt. Wenn es mit dieser armen Partei trotzdem elend und immer elender geworden ist, so hat Eugens Führung daran keinerlei Schuld. Die Schuld tragen allemal die anderen, die rechts und die links. Herr Richter erklärte einmal: Daß die Sozialdemokratie Berlin erobert hat, daran sind die Konservativen und Antisemiten schuld, welche der freisinnigen Partei in den Weg getreten sind. Und ein zweites Mal erklärte der freisinnige Feldherr: daß die Reaktion drohend geworden ist, daran ist die Sozialdemokratie schuld, welche einen Keil in das liberale Bürgertum getrieben hat. Au! Ausflüchten, die alles eher als historischen Sinn und Einsicht in die eigenen Fehler besitzen, fehlt es Herrn Richter also nicht. Und trotz und überbeißig geht „der grüne Hagen“ weiter seine Bahn, wie er sie seit drei Jahrzehnten gegangen ist, bis dabei seine Partei völlig auf den Grund geraten wird. Da verkündet er jetzt vor Berliner Reichstagswählern mit besonderem Pathos, daß seine Partei eine monarchische sei und zugleich erklärte er sie als die „Schülerin der bürgerlichen Freiheiten“. Ja, er rechnet es seiner Partei zur besonderen Ehre an, daß sie nicht auch den Rest der Freiheit an die Reaktion preisgegeben habe. Wie bescheiden sind die Herren doch geworden! Aber davon freilich sagte Held Eugenius nichts, wie es die Feigheit des Bürgertums verschuldet hat, daß die Nachkommen der Reaktion sich hervorwagen durften; wie es die sozialpolitische Unthätigkeit des Bürgertums und die liberale Brutalität gewesen sind, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, mit diesen Liberalen gemeinsam politische Kämpfe zu führen. In Preußen-Deutschland hat sich der Liberalismus so entwickelt, daß sein Name zum Spott- und Schandwort geworden ist. Und die Haltung der freisinnigen Volkspartei im jetzigen Wahlkampfe vervollständigt diese Schande und betraffigt diesen Spott.

### Flugblattverbreiter verhaftet!

Aus Kiel wird geschrieben: Am Sonntag früh 7 Uhr wurden in Dänischenhagen, zum 3. schleswigschen Wahlkreis gehörig, zwei Genossen bei der Flugblattverbreitung vom Gendarmen verhaftet und gefesselt mit Handschellen zum Amtsvorsteher in Feisch transportiert. Derselbe entließ die Genossen nach Feststellung der Personalien wieder. Beschwerde gegen dieses ungesetzmäßige Vorgehen, auf das der Gendarm sofort vor den Genossen aufmerksam gemacht war, wird natürlich eingelegt werden. Noch stundenlang nach der Freilassung der Genossen waren die Spuren der Fesselung an ihren Handgelenken zu erkennen.

Die erste Polizeihat während der Wahlagitation aus dem Machtbereich des Herrn v. Köller; ihm als ehemaligen Polizeiminister gebührt auch der Vorrang auf diesem Gebiete. Wir fordern aber, daß die Beamten angehalten werden, die Rechte der Arbeiter zu achten, oder sollen in diesem Polizei-Eifer noch weitere Gesetzesübertretungen begangen werden?

## Kapitalistischer Kindermord.

Der Segen und die Gerechtigkeit unserer herrlichen Gesellschaftsordnung wird wieder einmal so recht kraß beleuchtet durch eine Arbeit im 24. Band der Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten. Derselbe rührt von dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Breslau, Doktor M. Neefe, her und führt den Titel: „Einfluß der Wohlhabenheit auf die Sterblichkeit“. Als Maßstab der Wohlhabenheit ist die Höhe der gezahlten Wohnungsmiete gewählt. Nach diesem Maßstab ist zunächst die am ersten Dezember 1890 ermittelte lebende Bevölkerung der Stadt Breslau in sieben Klassen — „Mietstufen“ — geteilt, ferner sind die während des Jahres 1890 Gestorbenen, soweit die Totenscheine es gestatten, in dieselben sieben Klassen eingereiht; 61 Prozent aller Gestorbenen des Jahres konnten für die Zusammenstellung benutzt werden.

Hier sei nur folgendes aus dem mannigfachen Material der oben erwähnten Arbeit wiedergegeben. Es lebten im Jahre 1890 in Breslau:

a) in Wohnungen bis zu 300 Mark	219 959 Einwohner
b) " " von 301—700 "	67 305 "
c) " " 701—1500 "	23 829 "
d) " " über 1500 "	9 162 "

Die Zahl der Gestorbenen im Jahre 1890, auf je 1000 lebende Einwohner gerechnet, war:

in der Klasse a	20,7	in der Klasse c	10,6
" " " b	11,2	" " " d	6,5

Man sieht, je ärmer die Bevölkerungsklasse, desto höher die Sterbezahl. Dieser Unterschied zwischen Reich und Arm bekommt eine größere Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß die höhere Sterbezahl in den ärmeren Klassen durch die hohe Kindersterblichkeit in diesen Klassen bedingt wird.

Unter je 1000 Gestorbenen befanden sich Kinder des ersten und zweiten Lebensjahres

in der Klasse a	565	in der Klasse c	235
" " " b	322	" " " d	150

Als die häufigsten Todesursachen dieser armen Kinder hat Dr. Neefe ermittelt: Atrophie, Brechdurchfall, Darmkatarrh und Krämpfe. Diese Todesursachen sprechen eine herbe Sprache von dem Elend, das in der Mehrzahl der Bevölkerung, im Arbeiterstande herrscht! Denn, wie von medizinischen und hygienischen Autoritäten schon öfters nachgewiesen wurde, sind Atrophie, Brechdurchfall, Darmkatarrh und Krämpfe Folgen von schlechter, ungewöhnlicher Nahrung und in hohem Maße von Mangel an Pflege, worin Reinlichkeit des kindlichen Körpers, reine Luft und Reinlichkeit der Nahrung eine große Rolle spielen. Woher aber sollen die Fabrikarbeiterinnen die freie Zeit und die Mittel zur Pflege und guter Nahrung der Säuglinge hernehmen? Wie soll es eine Mutter, sagen wir nur mit drei Kindern, mit einem Einkommen von vielleicht 14 Mark oder sogar weniger in der Woche bewerkstelligen, wenn ihr zur Pflege ihrer Kinder und ihrer selbst, sowie zur Besorgung der Haushaltung nur die Abende bleiben? Sind doch diese armen Kinder meistens sich selbst überlassen. Und wie eng und ungesund sind die meisten Arbeiterwohnungen!

So sterben die meisten Arbeiterkinder aus Mangel an Nahrung und Pflege, die meisten Männer der Proletarier an ungenügender Nahrung und übermäßiger Arbeit unter ungünstigen Arbeitsverhältnissen! So sieht es aus in der Gesellschaft des Kapitalismus! Es ist ein Kindermord, ein herzloser systematischer Kindermord, den hier die amtliche Statistik in trockenen Zahlen nachweist, gegen den aber kein Gesetz gilt! Arbeiter und Arbeiterinnen! Merkt ihr es noch nicht, wie man mit euch in diesem Staate umspringt? Denkt an diese Kinderopfer bei den kommenden Reichstagswahlen!

### Soziale Bewegung.

Inland.

In den vereinigten Steinbrüchen im Plauenschen Grund befinden sich die Arbeiter im Streik.

Die Schuhmacher in Kalau stehen mit den Unternehmern in Differenzen. Die Arbeiter erhielten bisher die Löhne unentgeltlich geliefert, jetzt sollen für die Lieferung von Laetz und Stiften Abzüge gemacht werden. Die Arbeiter in drei Fabriken haben gekündigt.

In der Königshütte fand in der vorigen Woche ein zehntägiger Streik in der Budelei statt. Die Arbeiter weigerten sich, eine ihnen aufgetragene Arbeit zu verrichten. Der Ausgang des Streiks ist bei der hier herrschenden Geheimniskrämeri noch unbekannt.

Aus Mühlhausen wird berichtet, daß der Maurermeisterverband beschloß, den Gesellen pro Stunde 2 Pf. mehr Lohn als vor dem Streik zu gewähren.

In Stuttgart befinden sich 400 Zimmerer im Ausstand. Eine größere Anzahl Firmen, die außerhalb der Unternehmer-Vereinigung stehen, haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Die Münchener Tischler haben am Sonntag in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Alle Versuche der Arbeiter, den Streik zu einem gütlichen Austrag zu bringen, sind gescheitert. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, die die Arbeiter nunmehr fordern, ist von den Unternehmern abgelehnt und hat der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes bekannt gegeben, daß er an der zehnstündigen Arbeitszeit festhalte. Am 4. Mai will diese Unternehmer-Vereinigung den Arbeitern bedingungslos die Aufnahme der Arbeit gestatten. Davon kann aber bei dem jetzigen Stand der Bewegung nicht die Rede sein, vielmehr ist nach dem Beschluß der letzten Versammlung die Zahl der Ausständigen um 1000 gestiegen. Die herabgesetzte Forderung der Arbeiter haben 70 Meister bewilligt, und wird bei diesen weitergearbeitet.

Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins ließ am 22. und 23. April auf den Bauten Berlins und denen der Vororte eine Kontrolle ausführen über die von den Unternehmern gezahlten Löhne. Die Kontrolle erstreckte sich auf die Bauten von 373 Unternehmern, welche auf 536 Arbeitsstellen 3197 Zimmerer beschäftigen. Davon zahlten 215 Unternehmer den Minimallohn von 60 Pf. und beschäftigten 1518 Zimmerer. 153 Unternehmer zahlen Klassenlohn von 55-57 Pf., und 60 Pf. und beschäftigen 1579 Zimmerer, 5 Unternehmer zahlen unter 55 Pf. Stundenlohn.

Wie beim Eisenbahnstreik gespart wird.

Man schreibt der Volkszeitung aus Eberfeld: Der Rangiermeisterdiätar Karl Spendit aus Ohligs hatte dort auf dem Bahnhofs eines Tages die Rangierarbeiten für einen zu beladenden Güterzug zu leiten. Der lange Zug stand noch mit der Lokomotive auf einem Geleise, das in wenigen Minuten ein Personenzug passieren mußte; er mußte daher zurückgesetzt werden. Unter allen Umständen waren vorher alle Ladebrücken, die die Verbindung zwischen den Waggons und dem Güterschuppen herstellten, zu beseitigen. So wie es der 12. Rangierordnung. Die Rangierordnung enthält aber gleichzeitig annähernd ein Duzend andere Vorschriften, die zu beachten waren, die aber ein Beamter allein nicht erfüllen konnte. Und Sp. mußte alle diese Funktionen allein zu verrichten. Er begnügte sich daher damit, Warnungsrufe erschallen zu lassen, wie es die Rangiermeister auch immer gethan hatten und wie es ihm gelehrt worden war. In demselben Augenblicke aber als der Zug sich in Bewegung setzte, schob ein Güterbodenarbeiter eine Karre über eine Ladebrücke, erhielt einen heftigen Stoß, fiel und brach ein Bein. Diesen Unfall sollte nun Sp. verschuldet haben, er stand deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung vor der Strafkammer. In der Verhandlung wurde aber festgestellt, daß ein Mann alle Funktionen, die die Rangierordnung vorschreibt, in Ohligs nicht ausführen konnte und daß die Eisenbahnverwaltung schon am Tage nach dem Unfälle den Posten mit drei Beamten besetzte, damit also anerkannt, daß ein Beamter nicht ausreichte. Die Strafkammer erkannte demnach auf Freisprechung, weil der Angeklagte überläßt gewesen sei und sich einer Fahrlässigkeit nicht schuldig gemacht habe. Hätte sich der Angeklagte genau an die Vorschriften

der Rangierordnung gehalten, wäre er die Ladebrücke entlang gelaufen und hätte zunächst alle Ladebrücken entfernen lassen, dann wäre ein Auslaufen des beladenen Personenzuges auf den das Einfahrtsgeleise versperrenden Güterzug und damit ein großes Unglück unvermeidlich gewesen. Der Angeklagte ist freigesprochen, hat aber die Kosten der Verteidigung, die 100 Mark betragen sollen, selbst zu tragen!

Ausland.

In dem großen dänischen Arbeiterkonflikt scheint nun doch Aussicht auf friedliche Lösung vorhanden zu sein. Die Vertreter des Arbeitgeber-Vereins und der vereinigten Fachvereine hatten sich auf eine Uebereinkunft etwa folgenden Inhalts geeinigt: Von den Malern wird der von einem gemeinsamen Ausschuss ausgearbeitete Preisstaurant angenommen. Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden angesetzt, auch die Bauleiter behalten eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden. Die kleinen Einzelstreiks werden durch Verhandlungen abgeschlossen. Eventuelle Lohnstreikigkeiten werden in Zukunft durch die Fach-Schiedsgerichte entschieden. Außerdem wurde bestimmt, daß ein gemeinsamer Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Ausschuss von sechs Mitgliedern (je zwei aus jeder Organisation und je eins außerhalb derselben) in Zukunft entscheiden soll, ob entstehende Streitigkeiten ein Bruch der eingegangenen Uebereinkünfte sind. Diese Uebereinkunft ist nun vom Arbeitgeberverein in einer außerordentlichen Generalversammlung angenommen und muß noch den einzelnen Meister- und Arbeitgeber-Verbänden vorgelegt werden. An die Arbeiterverbände ist der Vorschlag zur Annahme versandt. Die definitiven Entscheidungen sind Anfang dieser Woche zu erwarten. Der Fuhrhalter-Verband und der Malergesellen-Verein haben bereits zugestimmt. Der Frankfurter Zeitung zufolge ist die Arbeit bereits am 2. Mai wieder aufgenommen worden.

### Der vierte Stand und die Sozialreform.

Wie erinnerlich, hatte der frühere preussische Handelsminister v. Berlepsch am 24. September v. J. bei der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik eine Rede gehalten, worin er den vierten Stand feierte. Aus Anlaß dieser Rede sind gegen ihn, besonders von den Konservativen und den Bismarckischen Hamburger Nachrichten, heftige Angriffe gerichtet worden, gegen die Herr v. Berlepsch jetzt etwas verspätet in Nr. 27 der Sozialen Praxis das Wort zur Erwiderung ergreift. Er setzt zunächst auseinander, in welchem Sinne er die Wendung vom vierten Stand gebraucht wissen wolle, und bemerkt dann über seine Stellung zur Sozialreform:

„Wenn seitens der Vertreter einer energischen Sozialreform auf die Kämpfe, auch die blutigen, des sogenannten dritten Standes hingewiesen wird, so geschieht das lediglich in der Absicht, nachzuweisen: Wenn die berechtigten Bestrebungen einer großen Gruppe der Staatsangehörigen in der Richtung einer Erhöhung ihres standard of life in ideeller und materieller Beziehung nicht oder nicht rechtzeitig befriedigt werden, so droht die Revolution. Das lehrt die Geschichte aller Zeiten, am lebhaftesten die Geschichte der französischen Revolution. Dem Veruche, Gewalt anzuwenden, zuvorzukommen, ist die Absicht der Sozialreform, neben ihrer Absicht, Gerechtigkeit zu üben, ist die Aufgabe, die der sogenannte Staatssozialismus sich gestellt hat, wenn er der Lage der wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe kommt, wenn er sich bemüht, nicht eine wirtschaftliche Gleichstellung aller herbeizuführen — das ist den Vertretern des Staatssozialismus weder jetzt, noch früher beigemessen —, wohl aber eine beständige Verbesserung der Lage der freien Lohnarbeiter herbeizuführen, sie in dem vorhandenen und nicht auf einmal zu beseitigenden wirtschaftlichen Kampfe so zu stärken, daß sie nicht notwendigerweise unterliegen müssen.“

Herr v. Berlepsch erklärt, daß die Sozialreform bezw. Sozialpolitik jederzeit zum Programm der Hohenzollern gehört und daß der Staatssozialismus besonders in der Begründung der sozialpolitischen Gesetzentwürfe unserer Zeit maßgebend gewesen sei. Auch in Fürst Bismarcks Reden habe der Staatssozialismus stets eine große Rolle gespielt. Selbst zur Forderung des „Rechtes auf Arbeit“ habe Bismarck, freilich nur „in der Hitze des Gefechtes“, sich bekannt. Oft habe Bismarck vom „Schutz der Schwächeren“ gesprochen. Seine Ausführungen faßt Herr v. Berlepsch in folgende Sätze zusammen:

„Derjenige, der auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine Sozialreform, die allmähliche Hebung der Lage der arbeitenden Klasse für möglich hält und anstrebt, erkennt an, daß die Arbeiterschaft, die freien Lohnarbeiter, die von ihrer Hände Arbeit leben, in der Regel kein Vermögen oder doch nur ein so geringes besitzen, daß es in arbeitsloser Zeit rasch aufgezehrt ist, einen Berufsstand bilden, der ein gemeinsames Interesse besitzt, welches in mancher Beziehung verschieden ist, von den Interessen anderer Berufsstände und sich zur Wahrung und Verteidigung dieses Interesses mit Recht zusammenfindet. Er erkennt an, daß dieser Berufsstand nach Lage der wirtschaftlichen Entwicklung genötigt ist, in einen wirtschaftlichen Kampf um das, was er erstrebt, eine bessere und vor allem eine gesicherte Existenz, einzutreten. . . . Es ist nicht unrichtig, bedenklich und gefährlich, den Thatsachen ins Gesicht zu sehen, die Mißstände im wirtschaftlichen Leben zu bekennen und ihre Abstellung auf dem Wege der Reform anzustreben, wohl aber ist es unrichtig, bedenklich und gefährlich, den Kopf in den Sand zu stecken, Vogel Strauß-Politik zu treiben und sich gegenüber dem Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft mit der Frage abzufinden: Steht es heute Emanzipationsinteresse im ganzen Staate und im ganzen Reiche, als die Arbeiterschaft?“

Wie sehr bedenklich und gefährlich es ist, auch nur in beschränktem Maße, als Staatssozialist und Ordnungspolitiker den Thatsachen ins Gesicht zu sehen, das hat Herr v. Berlepsch an sich selbst erfahren. Seinen guten Willen in Ehren! Aber seine Auffassung über Wert und Bedeutung des „Staatssozialismus“ ist doch eine recht naive. Freilich, es ist begreiflich, daß er, um nicht als „Umstürzler“ zu erscheinen, hinter diesem Worte Stellung nimmt. Er könnte

sehen, daß wir uns längst in der Revolution befinden. Die Abwendung der Gewalt zu verhüten ist doch grade die Sozialdemokratie bemüht. Uebrigens ist es unüblich, eine Sicherung der Existenz der Arbeiter zu erreichen, ohne daß die Grundlagen der bestehenden Ordnung angegriffen und umgestaltet werden. Und der Emanzipationskampf der Arbeiter kann nicht Halt machen vor Konzessionen des Staatssozialismus. Man kann die wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht verhindern und nicht ein für allemal mit ihren Konsequenzen rechnen. Das Volk der Arbeit will nicht nur der materiellen Not ledig sein, es will auch frei werden und selbst Lenker seiner Geschicke sein.

Hier ist der Punkt, an welchem aller Staatssozialismus scheitern muß.

### Aus der Parteibewegung.

Bum Selbstmord der Frau Eleanor Marx-Uveling. Bald nach dem Tode der Tochter von Karl Marx wurden Gerüchte laut, welche bestimmte Personen nicht ganz frei von der Schuld an dieser Tragödie sprachen. Eine gewisse Bestätigung erhalten diese Gerüchte durch einen Brief, der dem Vorwärts von dem englischen Genossen Robert Banner, Stadtrat in Woolwich, einem der ältesten sozialistischen Freunde von Eleanor Marx, der auch bei ihrer Bestattung als erster ihr Gedächtnis feierte, zugeht. Er ist, wie der Ueberseher mittelt, gleichzeitig allen sozialistischen Organen Englands zugesandt worden und lautet: „Der tragische Tod von Eleanor Marx ist vielen, die ihre große Lebenskraft und Seelenstärke kannten, so überraschend gekommen, daß es dem Unterzeichneten, der sie vielleicht länger gekannt hat, als irgend ein anderer englischer Sozialist der Gegenwart, gestattet sein mag, auf die an ihn gerichteten vielen Fragen hinsichtlich der mutmaßlichen Motive, welche die Verstorbene zu dem verhängnisvollen Schritt getrieben haben mögen, öffentlich zu antworten. Es ist die Meinung geäußert worden, daß die aufreibende Pflege, die Eleanor Marx dem Dr. Edw. Uveling während seiner langen Krankheit gewidmet hat, Eleanor Marx in einen Zustand so hochgradiger nervöser Erschöpfung versetzt hat, daß sie schließlich das Leben nicht mehr ertragen konnte. Auf Grund mir bekannt gewordener Thatsachen und zu meiner Verfügung gestellter Briefe bin ich in der Lage feststellen zu können, daß die Verstorbene die von ihr so ebeulnützig erfüllte Aufgabe bis zuletzt mit unverringelter Tapferkeit ertrug. Sie hielt sie nicht ab, in der Sammlung von Materialien für die Vorrede zu einer im Druck befindlichen Arbeit ihres Vaters fortzusetzen. Es können daher nicht die Sorgen um die physische Krankheit des Dr. Uveling gewesen sein, was sie dazu bewog, ihrem Leben in Verzweiflung ein Ende zu machen. Noch waren finanzielle Schwierigkeiten die Ursache. Es ist, wie ich höre, richtig, daß von dem Vermögen, das Fr. Engels Eleanor Marx hinterlassen hat, um ihr alle Selbstsorgen fernzuhalten, der weitaus größte Teil schon ausgegeben ist. Aber obwohl sie von der Vergeudung ihres Eigentums unterrichtet war, nahm Eleanor Marx, von der alle ihre Freunde wissen, wie außerordentlich bescheiden ihre persönlichen Bedürfnisse waren, dieselbe, so weit es sich dabei um eine reine Selbstfrage handelte, mit der größten Nachsicht hin. „Ich finde auf jeden Fall mein Fortkommen“ schreibt sie in dieser Hinsicht in einem mir zur Verfügung gestellten Brief, der vom 20. Februar 1898 — sechs Wochen vor ihrem Tode! — datiert ist. So viel hier mit Bezug auf die einfache Feststellung einiger, auf die letzten Stunden von Eleanor Marx bezüglicher Thatsachen. Ich behaupte positiv:

1. daß der bestimmte Entschluß, ihr Leben durch Selbstmord zu enden, nicht früher als am Morgen des verhängnisvollen Tages — dem 31. März 1898 — gefaßt worden sein kann;
2. daß an dem genannten Morgen Eleanor Marx einen Brief empfing, der nach dem Ausdruck jemandes, der ihn gelesen hat, eine gewisse Person in sehr schlechtem Licht erscheinen läßt;
3. daß Dr. Edward Uveling, der mit Eleanor Marx als ihr Gatte lebte, bei der Totenschau unter Eid ausgesagt hat, die Verstorbene habe ihm gegenüber wiederholt mit Selbstmord gedroht und vorgeschlagen, gemeinsam Selbstmord zu begehen;
4. daß Eleanor Marx das Gift bestellte, während Dr. Uveling noch im Hause war;
5. daß Eleanor Marx das Gift empfing, während Dr. Uveling noch im Hause war;
6. daß Eleanor Marx das Gift und das Giftbuch (des Apothekers) in das Zimmer trug, wo Dr. Uveling sich befand, und dort den Empfang des Giftes quittierte;
7. daß die beiden vorerwähnten Thatsachen bei der Totenschau nicht zur Sprache gebracht worden sind;
8. daß Eleanor Marx, wie Dr. Uveling bei der Totenschau zugab, dagegen war, daß er an jenem Tage ausging;
9. daß Eleanor Marx, bevor sie das Gift nahm, einen Brief an ihren Anwalt schrieb, worin die Namen verschiedener Personen genannt sind; daß Eleanor Marx in diesem Brief den oben erwähnten, an jenem Morgen eingetroffenen Brief einschloß und auf den Briefumschlag den Namen und die Adresse ihres Anwalts schrieb;
10. daß diese beiden vorbezeichneten Briefe nach der Totenschau vom Leichenbegänger an Dr. Uveling ausgehändigt wurden;
11. daß der von Eleanor Marx für ihren Anwalt bestimmte Brief dem Adressaten nicht zugestellt worden ist.

Es steht zu hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo auf die Tragödie, die am 31. März ihren Abschluß fand, volles Licht wird geworfen werden. Woolwich, den 21. April 1898. gez. Robert Banner.

Die neueste Nummer der Justice, das Centralorgan der Sozialdemokratischen Föderation Englands, bringt ohne ein Wort des Kommentars die Notiz: „Dr. Edward Uveling hat seine Stelle im Rat der Sozialdemokratischen Föderation niedergelegt (resigned).“

### Sozialpolitische Rechtspflege.

Justizminister contra Kammergericht. Das Kammergericht hatte unterm 20. Dezember v. J. ein Urteil gefällt, wonach das Auffuchen von Warenbestellungen seitens der sogenannten Detailreisenden außerhalb des Gemeindebezirks ihrer gewerblichen Niederlassung oder der Niederlassung ihrer Geschäftsherren, wenn es sich nicht in den durch § 44, Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 6. August 1896 gezogenen Schranken hält, der Wandergewerbebescheinigung und demgemäß auch der Wander-



Einziges hochkolliertes Geschäft am Platze

empfehlen sein großes Lager in

Herren- und Knaben-Filzhüten, Strohhüten, Mützen.

Reiben-Cylinder und Cylinder-Klapphüte.

Neu! Schüllermützen auf Rosshaar gearbeitet

an den denkbar billigsten Preisen.

Kinderwagen, engl. Façon, Leiterwagen, Koelbahren aller Art im Preise bedeutend ermäßigt bei Fritz Prager, Eidenbü., Br. Weg, vis-à-vis der Post, Rudau, Schnebeckstraße, Ecke Dorothienstraße. 751

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Wäsche in saub. gewaschen u. geplättet Frau Wischinsky, Neuhardenlebenerstr. 2, 1

L. Maerker

Breiteweg 80/81, Ecke Katharinenstr.

parterre und 1. Etage

empfehlen sein großes Lager

Sommer-PAletots und Mäntel, komplette Herren- und Burshen-Anzüge.

Spezial-Lager in Knaben-Anzügen und Mänteln vom einfachsten bis elegantesten Genre. 1451

Sommer-Joden, Lustre und Waschjoppen für Haus und Geschäft von 1.50 M. an.

In den oberen Räumen:

Anfertigung nach Mass

jeder Art, sowie meterweiser Verkauf von

Tuchen, Cheviots u. Buckskins.

Großes Lager in modernsten Filzhüten.

L. Maerker Breiteweg 80, 81 parterre und 1. Etage.

Comptoir- und Geschäfts-Joppen à 1.50, 2.00 Mh.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Druckerei der Volksstimme (F. Bethge) Magdeburg, Breiteweg 116. Für Gewerkschafts- und Vereins, Krankenkassen etc., sowie für den Privat- und Geschäftsbedarf Anfertigung aller Druckarbeiten in sauberer Ausführung bei solider Preisberechnung.

12. Ziehung der 4. Klasse 198. Königl. Preuss. Lotterie.

4. Mai 1898, nachmittags. (Von 22 April bis 11 Mai 1898) Nur die Gewinnnummern sind hier angegeben.

4. Mai 1898, nachmittags. (Von 22 April bis 11 Mai 1898) Nur die Gewinnnummern sind hier angegeben.

Table with multiple columns of lottery numbers and their corresponding prize amounts.

Table with multiple columns of lottery numbers and their corresponding prize amounts.

Table with multiple columns of lottery numbers and their corresponding prize amounts.

Table with multiple columns of lottery numbers and their corresponding prize amounts.

Küchenzettel des Lehrentinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Brühjuppe mit Reis, Spiegeleier, Nussartoffeln und Spinat. Sonnabend: Legierte Suppe, Kohlrüben und Schweinefleisch.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen, Br. Marktstr. 2 und Schmidstr. 62.

Freitag: Erbbohnenuppe mit Hammelfleisch. Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Klippenspeck.

Standesamt. Magdeburg, 4. Mai.

Aufgebote: Kauf- u. Wagenschmied Andreas Winter mit Anna Osterland hier Agent Alexander Weigand mit Elisabeth Fald, geb. Gdrick hier. Schumacher August Schlegel mit Elisabeth Groß hier. Arbeiter Friedrich Robert Heinrich Utig in Subenburg mit Alwine Lucie Friederike Esfrath in Ehrleben. Schlosser Gustav Hermann Böhme hier mit Martha Anna Müller in Großhörn. Sergeant im Fest.-Art.-Regt. Nr. 4 Friedr. Heintzel mit Elise Krowalden. Sandhauer hier. Zimmermeister und Holzhändler Richard Karl Anton Eiche in Subenburg mit Bertha Henriette Margarete Schmidt in Buxtehude. Heißeheftung: Commis Friedr. Schulz mit Emilie Engel hier. Geburten: Oskar, S. des Arbeiters Oskar Döring, Alfons, S. des Architekten Alfred Schweizer, Walter, S. des Arb. Karl Beyerstedt, Ethl, T. des Arbeiters Hermann Pender, Elisabeth, T. des Blechschmieds Otto Schröder. Todesfälle: Bertha, geb. Schulze, Witwe des Lehrers Heinrich Hoppe, 76 J. 11. M. 25 T. Elisabeth, T. des Tischlers Robert Gentes, 1 J. 25 T. Unbes. S. des Versich.-Beamten Otto Kraipser, 2 T. Wilhelm Kullmich, Tischler, 62 J. 10 M. 5 T. Aufgebote: Ein S. des Schlossers Paul Pfeiffer. Subenburg, 4. Mai. Aufgebote: Arbeiter August Joh. Gottlieb Höder mit Wwe. Schweiniche, Friederike Wilhelmine, geb. Schröder, hier. Schneidermeister Karl Joh. Beck mit Alwine Amalie Hedwig Weferberg hier. Geburten: Ernst, S. des Fabrikbiring Ernst Horney, Marie, unehel. Elisabeth, T. des Arbeiters Lorenz Barnoth, Arno Ernst, unehel. Otto, S. des Schneidermeisters Konrad Fickert, Willy, S. des Arbeiters Albert Niesel, Margarete, T. des Schmieds Adolf Marwig. Todesfälle: Ludwig Weiland, Patentmeister a. D., 82 J. 4 M. 24 T. Friedr. Bolze, Privatmann, 81 J. 10 T. Bückau, 4. Mai. Heißeheftung: Köpfer Friedrich Wilhelm Hoch mit Emma Minna Luise Witche hier.

Schenswürdigkeiten.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11-2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11-3 Uhr. Am Montag (Meinungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg. Reichshofenische Kunst-Ausstellung Eintritt frei. Panorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz. Stadtbibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10-11 1/2 Uhr. Rathsch Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8-7 Uhr. Eintritt frei. Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntags stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. In allen anderen Zeiten Medung beim Küster, Gebühr 50 Pfg. Grunfische Gewächshäuser in Friedrich Wilhelm's Garten: Geöffnet von 8-12 Uhr vormittags und von 2-7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen unentgeltlich geöffnet; Mittwchs 8-11 Uhr und 1-3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntags 2-7 Uhr nachmittags. Eintritt 10 Pfg.